Ressort: Politik

Union gibt Widerstand gegen Homo-Ehe auf

Berlin, 23.02.2013, 01:00 Uhr

GDN - Die Unionsfraktion will eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichstellen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer (CDU), sagte der "Süddeutschen Zeitung" (Samstagausgabe), die Union müsse "in Sachen Gleichstellung beweglicher werden".

Angesichts "der klaren Tendenzen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sollten wir jetzt möglichst rasch handeln und die erforderliche verfassungsrechtliche Gleichstellung auch durchführen", sagte Grosse-Brömer. "Wie wir das genau machen, prüfen wir jetzt innerhalb der Fraktion und dann in der Koalition." Sollte die Unionsfraktion sich tatsächlich zu dem Kurswechsel durchringen, wäre der Weg zur völligen Gleichstellung der Homo-Ehe frei. Diese fehlt vor allem noch beim Ehegattensplitting und beim Adoptionsrecht. Sowohl die Oppositionsfraktionen als auch der Koalitionspartner FDP fordern schon seit Langem eine Gleichbehandlung. "Ich begrüße es, wenn sich die Union einer modernen Gesellschaftspolitik öffnet. Mein Ministerium hat einen fertigen Gesetzentwurf zur vollen Adoption in der Schublade", sagte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) der Zeitung. Dieser Entwurf stellt, als Reaktion auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Ehe und Lebenspartnerschaft im Adoptionsrecht vollständig gleich. Gleichzeitig ergreift der Entwurf die Gelegenheit, weit darüber hinaus "eine Bereinigung des Rechts der Lebenspartner vorzunehmen". In allen möglichen Gesetzen werden Ehe und Homo-Ehe gleichgestellt. Die Wörter "Ehegatte/Ehegatten" werden jeweils mit "oder Lebenspartner" ergänzt. Die Ankündigung Grosse-Brömers hat einen langen Vorlauf. Im August 2012 hatte das Bundesverfassungsgericht zunächst die Ungleichbehandlung beim Familienzuschlag für Beamte, Richter und Soldaten für verfassungswidrig erklärt. Eine Woche später entschieden die Richter dann auch noch, dass die Benachteiligung homosexueller Partner bei der Grunderwerbsteuer gegen das Grundgesetz verstößt. Eine Gruppe von 13 Unionsabgeordneten hatte daraufhin in einer gemeinsamen Erklärung die steuerliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften gefordert. Es sei "nicht akzeptabel, dass der Politik immer wieder und absehbar vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben werden muss", die Ungleichbehandlung abzuschaffen, hieß es. Auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) schloss sich dem Vorstoß an. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versuchte damals, die Debatte zu beenden. Sie sagte, die Koalition tue gut daran, das ausstehende Urteil des Verfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung abzuwarten. Die Kanzlerin zeigte damals nicht nur formal, sondern auch inhaltlich Distanz zu der Gruppe der 13 Unionsabgeordneten. Die Regierung habe viel getan, um gleichgeschlechtliche Paare rechtlich besserzustellen. Sie sei aber "zweifelnd", ob das in einer völligen steuerlichen Gleichstellung mit der Ehe enden müsse. Trotz dieses Stillhalte-Appells brachten die 13 Abgeordneten auf dem Bundesparteitag im Dezember 2012 einen Initiativantrag für die Gleichstellung ein. Die Abstimmung zeigte, dass es in der CDU keine breite Mehrheit mehr gegen die Gleichstellung gibt. Mehr als 40 Prozent der Delegierten unterstützten den Antrag. Seitdem gerieten die Führungen von Partei und Fraktion immer mehr in die Defensive. Das Karlsruher Urteil zu den "Sukzessiv-Adoptionen" am Dienstag verschärfte die Situation nun. Dies scheint die Unionsfraktion zum Kurswechsel bewogen zu haben. Am Freitag hatte bereits der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Thomas Strobl einen solchen Schritt verlangt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-8235/union-gibt-widerstand-gegen-homo-ehe-auf.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619